

„Entschuldigen Sie die Sprache“ Die CSU argumentiert doch wie der NSU

Die menschenfeindliche Stimmungsmache von Vertreterinnen und Vertretern etablierter Parteien grenzt Geflüchtete und Migranten aus, die der rechtsradikale NSU und sein Unterstützernetzwerk ermordeten. Von Andreas Kallert und Vincent Gengnagel

Von Generalsekretären der CSU ist man derbe Worte gewohnt. Ob Stoiber, Söder oder Dobrindt: Rechtspopulistische Scharfmacher empfehlen sich damit für höhere Weihen. Doch selbst für bayerische Verhältnisse lehnte sich der aktuelle Generalsekretär Andreas Scheuer (mittlerweile ohne „Dr.“) im Regensburger Presseclub weit aus dem Fenster: *„Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist – weil den wirst du nie wieder abschieben. Aber für den ist das Asylrecht nicht gemacht, sondern der ist Wirtschaftsflüchtling.“* Nachdem diese Aussage von Mitte September für breite Kritik gesorgt hatte, verteidigte sich Scheuer damit, dass er seiner überspitzten Äußerung ja *„Entschuldigen S' die Sprache“* vorangestellt hatte. So sehr er sich jedoch als aufrechter Tabubrecher gibt – seine Sprache ist die eines Rassisten und so klang sie auch nur einen Tag zuvor auf seiner Facebook-Seite: *„Asylurlauber auf Heimattrip können gleich bleiben, wo sie hergekommen sind.“* Für seinen Chef, den CSU-Vorsitzenden Seehofer, war die Äußerung über fußballspielende Ministranten schnell abgetan: Er könne nicht erkennen, dass sie gegen die sich angegriffen fühlenden Kirchen und Sportvereine gewandt gewesen wäre.

Mehr als vier Stämme sind in Bayern unerwünscht

Das ist in der Tat wahr, richtete sich doch der CSU-Generalsekretär nicht gegen die aufrichtigen Integrationsversuche von Pfaffen und Fußballclubs, sondern gegen „Fremde“ schlechthin. Von Scheuer auf den Punkt gebracht: Der Afrikaner, so sehr er sich auch um

Aufnahme in die deutsche Gesellschaft bemüht, wird niemals dazugehören. Im Gegenteil: Integration behindert die möglichst schnelle Abschiebung zurück ins Elend. Demnach sind die Asylgesetze auch nach diversen Verschärfungen („Asylpaketen“) als Belohnung des Volksmobs nicht restriktiv genug, um sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ schleunigst wieder loszuwerden. „Das Schlimmste“ sind daher die integrierten Flüchtlinge, deren Abschiebung aufgrund ihrer Verankerung in der bayerischen Gesellschaft, auch und gerade in ihren rückständigsten Formen, weniger leicht von der Hand geht. Es sind die Steuern zahlenden Ausländerinnen und Ausländer, die in Kirchen und auf Sportplätze gehen und bei Dorffesten mitmischen, die für Scheuer und Konsorten so unerträglich sind. Egal welche Anstrengung sie unternehmen und welcher Staatsbürgerschaft sie sind, „deutsches Blut“ fließt nicht in ihnen und damit sind sie im Freistaat – im Land der Franken, Oberpfälzer, Bayern, Schwaben und der nach 1945 eingebürgerten NS-Sudetendeutschen – schlichtweg unerwünscht.

Es ist diese rassistische Ideologie, die die CSU – wohlgerne Regierungspartei in München und Berlin – seit Jahrzehnten pflegt und die dafür sorgt, dass sie sowohl das enorme rechte Wählerpotential in Bayern erfolgreich abschöpft als auch bundesweit anhaltend hohe Sympathiewerte genießt. Daher ist es nur folgerichtig, dass sich Scheuers Hetze nicht gegen Kirchen und Sportvereine richtet, sondern nur gegen in ihnen aktive „Ausländerinnen und Ausländer“. Aber argumentiert er damit nicht in ideologischer Nähe zum Nationalsozialistischen Untergrund? Die Opfer des

Terrornetzwerks NSU waren ebenfalls nicht Obdachlose, Flüchtlinge oder Punks, wie sie seit 1990 hundertfach von Nazis ermordet wurden. Der NSU tötete „gut integrierte“ Menschen mit Migrationshintergrund, die im Kleingewerbe tätig waren – etwa als Schneider, Café-Betreiber, Blumen- oder Gemüsehändler. Die deutschen (Nicht-)Ermittler in der damals als „Dönermorde“ verunglimpften Terrorserie wollten sich in ihrer Sonderkommission „Bosporus“ schlichtweg nicht vorstellen, dass sich Nazis gerade auf Steuern zahlende „Ausländer“ (zwei der Opfer hatten einen deutschen Pass) fokussieren. Der NSU konnte sich vielmehr auf die ausländerfeindlichen Ressentiments der deutschen Ermittlungsbehörden verlassen, die das Umfeld der Hinterbliebenen weiterem Terror aussetzten und alles dafür taten, die von Scheuer als „das Schlimmste“ bezeichnete Integrationsleistung zu annullieren. „Taten statt Worte“, so titelt der NSU im Video seiner Bekenner-DVD in Ergänzung zum wortgewaltigen Rassismus der CSU. Es ist kein Zufall, dass fünf der neun bekannten NSU-Morde an Bürgern mit Migrationshintergrund in Bayern stattfanden: Drei Erschießungen in Nürnberg und zwei in München, wo jeweils militante Neonazistrukturen mit hoher V-Mann-Dichte Teil des weit verzweigten NSU-Netzwerks waren und sind.

Die CSU im Asyldiskurs: Patronen statt Rechtsstaat

Das politische Klima in Bayern ist geprägt von der Abneigung gegenüber Fremden und der vermeintlichen Gewissheit, dass ausländische Sozialschmarotzer die deutschen Sozialsysteme ausnutzen, während die autochthonen Bayern tagein und tagaus fürs Bruttoinlandsprodukt schufteten. Perfiderweise sind es dann gerade die ökonomisch und sozial „gut integrierten“ Fremden, die diese Gewissheit gefährden und damit selbst ins Fadenkreuz der Rassisten geraten. Seehofers denkwürdige Ankündigung im militant rechtsradikalen Stil, dass er sich „gegen die Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme bis zur letzten Patrone wehren“ werde, kann daher auf breite Zustimmung in Bayern setzen, ohne dass der CSU-Chef damit dem NSU explizit zustimmen müsste.

Aktuell macht der CSU allerdings rechte Parteienkonkurrenz zu schaffen: Die AfD kommt in Umfragen auf rund 10% der bayerischen Wählerstimmen und stellt das Strauß'sche Diktum, wonach es in Bayern rechts von der CSU keine andere Partei geben dürfe, ernsthaft in Frage – und das, obwohl die CSU seit Jahrzehnten vorführt, wie sich Rechtspopulismus und Rassismus mit Regierungsverantwortung vereinbaren lassen. Spätestens bei Flüchtlingen hört es auf mit



Rechtsstaatlichkeit und der viel beschworenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung der CSU. So forderte etwa Scheuer nach der Kölner Silvesternacht, dass nicht erst das Strafmaß nach einer Verurteilung Grundlage für eine mögliche Abschiebung sein solle, „*sondern bereits ein Delikt*“. Auch in diesem Fall pflichtete Seehofer seinem Generalsekretär bei, er würde ebenfalls „*nicht lange fackeln*“. Es ist diese antidemokratische, xenophobe und inhumane Haltung der CSU, die ein gesellschaftliches Klima schafft, in dem rechtsradikale Gruppen nicht ohne Grund ihre Taten als Umsetzung vermeintlich bloßer Worte verstehen können.

Diese fatale Gemengelage findet sich mitnichten nur in Bayern. Besorgniserregend sind daher nicht nur das Erstarken der AfD, sondern auch die bundesweit anhaltend hohen Sympathiewerte für die CSU. Strategische Überlegungen eines bundesweiten Auftretens der CSU sind vor diesem Hintergrund eine naheliegende Möglichkeit, der AfD Stimmen abzunehmen. Im Gegensatz zur rechtspopulistischen AfD hat die rechtspopulistische CSU zudem ihre Regierungs- und Koalitionsfähigkeit schon ausreichend bewiesen. Eine bürgerliche Mehrheit unter Führung von CDU und CSU wäre damit wieder greifbar, während die AfD bis dato noch von allen demokratischen Parteien als potentieller Koalitionspartner weitgehend abgelehnt wird. Das Neue an der AfD ist allerdings nur, dass sie den etablierten Parteien die Lufthoheit im völkischen Milieu, das zum Kerngeschäft der CSU gehört, streitig macht.

So oder so: Der deutsche Konsens zu einer restriktiven, menschenfeindlichen Asylpolitik reicht von Wagenknechts Linkspartei über Kretschmanns Grüne zu den Regierungsparteien SPD, CDU und CSU. Wundern sollte dies jedoch niemanden angesichts weit verbreiteter rassistischer Einstellungen in der deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ – wie die aktuellen Mitte-Studien aufs Neue belegen. Den Rest erledigen dann rechtsradikale Terrorgruppen und „besorgte Bürgerinnen und Bürger“. In diesem breiten völkischen Spektrum versorgt die CSU den rechten Rand mit der Legitimation einer bürgerlichen Regierungspartei und verschiebt die Grenze dessen, was „man ja wohl noch sagen darf“. Angesichts solch kalkulierter Hetze von Scheuer und seiner CSU könnte man genauso gut fragen: Agieren NSU-Terroristen wie ein bewaffneter Arm des rechten CSU-Flügels oder argumentiert dieser wie ein politischer Arm des NSU?<

Andreas Kallert
und Vincent
Gengnagel sind
Sozialwissenschaft-
ler. Gemeinsam
recherchieren sie zu
NSU und ähnlichen
Katastrophen, etwa
dem Schwächeln der
vielzitierten
„kritischen Öffent-
lichkeit“. Dazu
veröffentlichen sie
sporadisch Medien-
kritiken unter
anderen in konkret,
AK und Phase 2.